

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Neue Offensive Grönners

Der Oberreichsanwalt wird angewiesen: Vorgehen gegen die Friedensgesellschaft

Berlin, 3. Dezember 1931.

Von authentisch informierter Seite erfahren wir:

Das mißtönige Echo, daß der Landesverratsprozeß gegen die „Weltbühne“ im Ausland ausgelöst hat, klingt den Spitzen des Reichswehrministeriums dermaßen in den Ohren, daß diese Behörde beabsichtigt, die erlittene Scharte baldmöglichst durch ein neues Verfahren auf dem gleichen Felde wieder wettzumachen.

Zwischen den zuständigen Referenten der beiden Ministerien haben in den letzten Tagen Besprechungen stattgefunden, als deren Ergebnis wir das Folgende berichten können:

Der Oberreichsanwalt Werner ist vom Reichsjustizministerium angewiesen worden, das bereits eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die leitenden Personen der Friedensgesellschaft so zu beschleunigen, daß die Er-

hebung der Anklage und die Durchführung einer öffentlichen Gerichtsverhandlung vor dem Vierten Strafsenat bald folgen können.

Reichswehr und Reichsjustiz beabsichtigen, die in dem Prozeß Hiller-Kuester zur Sprache gebrachten Vorwürfe gegen die Friedensgesellschaft, sie habe ihre wehrfeindlichen Aktionen mit Subsidiengeldern fremder Regierungen gespeist — eine Behauptung, die trotz redlicher Bemühung des Berliner Einzelrichters unbewiesen geblieben ist, vor dem Reichsgericht in bengalischer Beleuchtung erneut zur Debatte zu stellen.

Für die Erfüllung der Wünsche des Reichswehrministers, die Gröner ja auch in seinem bekannten Sonntagsartikel in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ vorsichtig angedeutet hat, hat sich im Reichsjustizministerium nach unserer Information vornehmlich der Ministerialrat Richter II eingesetzt.

Raub der Renten geplant!

Berlin, 3. Dezember.

In den Beratungen der Reichsregierung zur Schaffung eines Winterprogramms, das durch Notverordnung zum Gesetz erhoben werden soll, spielt die Herabsetzung der Renten eine besondere Rolle. Wie wir hören, wird die Notverordnung des Reichspräsidenten eine generelle Herabsetzung aller Renten, und zwar der von der Invalidenversicherung wie auch der von der Unfallversicherung, um insgesamt 27 Prozent der bisher geltenden Sätze festlegen.

Diese brutale Maßnahme wird sich um so härter ausdrücken, als sie besonders die Aermsten der Armen, die bereits am meisten ausgebeuteten Schichten treffen

wird. Dieser Raubzug übertrifft an Brutalität alle bisherigen Maßnahmen der sozialreaktionären Brüning-Regierung.

Die Arbeiterklasse muß sich gegen einen solchen Raub mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die Arbeiter werden nicht zuletzt die Sozialdemokratie fragen müssen, ob sie noch länger im Interesse der Tolerierung der Kapitalsdiktatur die Einschaltung des Reichstags in die ordentliche Gesetzgebung sabotieren will. Wir verlangen die Einberufung des Reichstages, damit jede Partei nun endlich einmal Farbe bekennen muß, ob sie diese arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Reichsregierung billigt oder nicht.

Sparmaßnahmen — aber nicht bei Ministern, Fürsten und Kirche

Minister gegen bar

Nazi-Schmarotzertum — Fricks Nichtstuer-Pension

Weimar, 2. Dezember.

Im thüringischen Landtag war der Antrag gestellt, die Gehälter der Minister auf 12 000 Reichsmark zu senken. Der thüringische Ministerpräsident erklärte hierzu, dem Ansehen eines Ministers würde es abträglich sein, wenn seine Bezüge niedriger bemessen würden, als die der nachfolgenden Staatsbeamten. — Seltsame Minister, deren Wert gleich der Barsumme ihres Gehaltes ist!

Sehr interessant aber war, was durch den Ministerpräsidenten über Herrn Fricks Gehalt zur Sprache gebracht wurde. Der Nationalsozialist Dr. Frick hat seit seinem Sturz bis zum Jahresende 10 378 RM. Übergangsgeld bezogen, ohne irgendwelche Gegenleistung. Das ist die Art, wie die Nazis das Schmarotzertum bekämpfen! Als

Minister Baum dann noch auf den Pensionssonderrvertrag für Dr. Frick hinwies, entstand ein ungeheurer Lärm. Der Nazi darf eben die Wahrheit über den Charakter seiner Führer nicht hören!

Bezeichnend für das, was man heute in Deutschland „Demokratie“ nennt, ist die Tatsache, daß das offiziöse Wolff-Büro zu der schließlichen Annahme des Antrags auf Kürzung der Ministergehälter, Einstellung der Zahlungen an die thüringischen Fürsten und die Kirche erklärte: „praktische Auswirkungen würden diese Abstimmungen nicht haben, da sie sich gegen eine vom Reich dem Lande Thüringen auferlegte Maßnahme richteten.“ Das bürgerliche Klasseninteresse ist eben in jedem Fall wichtiger, als die sonst so gepriesenen „Sparmaßnahmen“.

Die Heuchelei des Bourgeois-Staates

Berlin, 3. Dezember.

Amtlich wird mitgeteilt: Im Reichsfinanzministerium fand heute unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dietrich eine Konferenz der Finanzminister der Länder statt. Die Verhandlungen, die vertraulich waren, sollen den abschließenden Beratungen des Kabinetts als Unterlage dienen. Einigkeit bestand darüber, daß die öffentlichen Haushalte um jeden Preis in Ordnung zu bringen sind.

Um jeden Preis? Gestern wurden im Thüringischen Landtag Gesetze angenommen, die die Ministergehälter stürzen, die Zahlungen an Fürsten und Kirche einstellen. Das offiziöse Wolff-Büro erklärt, daß diese Anträge „praktische Folgen nicht haben werden“. Zu deutsch: Die Regierung wird diese Sparmaßnahmen nicht durchführen, obwohl das Parlament sie beschlossen hat. Sparen um jeden Preis? Ja — wenn das Proletariat dadurch belastet wird!

Wahlen in Neuseeland

Wellington, 2. Dezember.

Die neuseeländischen Wahlen zur Volksvertretung hatten folgendes Ergebnis: Regie-

rungskoalition 52, Arbeiterpartei 24, Unabhängig-Oppositionelle 3, Bauernpartei 1. Die Regierungskoalition umfaßt 28 Abgeordnete der Reformpartei, 19 der Einheitspartei und 5 Unabhängige. Alle Minister wurden wiedergewählt mit Ausnahme des Ministers für Ländereien und Ackerbau.

Die Verteilung der Parteien im letzten Parlament war folgendermaßen: Zur Koalition gehörten 51, Arbeiterpartei 20, Unabhängig-Oppositionelle 8, Agrarier 1.

Brüning hat für die SPD keine Zeit

Berlin, 3. Dezember.

Die vom „Vorwärts“ für Donnerstag angekündigte Aussprache zwischen den sozialdemokratischen Führern und dem Reichskanzler über die Notverordnung findet, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, heute voraussichtlich nicht statt. Ob die Aussprache noch vor dem Abschluß der Kabinettsberatungen über die Notverordnung erfolgen wird, kann von zuständiger Stelle mit Sicherheit nicht gesagt werden.

Der Niedergang des Kapitalismus

Schnell steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich

Paris, 3. Dezember.

Nach den Ende November veröffentlichten Ziffern ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Frankreich im Laufe einer Woche um 10 000 auf 81 553 gestiegen. Ende des Jahres 1930 betrug die Zahl der Unterstützten nur 11 952. Besonders scharf treten die Rückwirkungen der Krise seit Ende Juli in Erscheinung, da die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen seit dieser Zeit um insgesamt 45 637 angewachsen ist. Die amtlichen Ziffern geben jedoch nur ein sehr unvollkommenes Bild der tatsächlichen Lage. Die Leitung der französischen Arbeiterverbände schätzt die

Zahl der völlig Arbeitslosen auf eine halbe Million und die der Kurzarbeiter auf das Dreifache.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird von Sachverständigenkreisen sehr pessimistisch beurteilt. Besonders ernst ist die Lage im nordfranzösischen Industriegebiet.

Überall das gleiche

Arbeitskämpfe in aller Welt

WTB Amsterdam, 2. Dezember.

Im Textilindustriegebiet von Twente ist ein schwerer Arbeitskonflikt im Gange. Die Gewerkschaften haben beschlossen,

einen allgemeinen Ausstand zum 14. d. M. zu proklamieren,

wenn die Arbeitgeber bis dahin den Forderungen der Arbeitnehmer nicht nachgekommen seien. Dieser Beschluß hat bei den Gewerkschaftsmitgliedern große Unzufriedenheit hervorgerufen (anscheinend als nicht weitgehend genug. Red.), und heute sind etwa 5000 Arbeiter den Betrieben ferngeblieben. Die kommunistische Gewerkschaftsopposition hat diese Gelegenheit benutzt, um eine rege Propagandatätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitskämpfe zu entfalten. Sie versucht, die Arbeiter gegen die Gewerkschaften aufzuwiegen und fordert sie zum sofortigen allgemeinen Ausstand auf.

Ottawa (Kanada), 2. Dezember.

Der Mehrheitsbericht der Schlichtungskommission hat eine zehnprozentige Herabsetzung der Eisenbahner-Gehälter vor-

geschlagen, von der etwa 26 000 Mann betroffen würden. Die Haltung der Eisenbahner wird erst in einigen Tagen bekannt sein.

Saubere Kumpane

Darmstadt, 2. Dezember

Dr. Best hat bei der hessischen Staatsanwaltschaft in Darmstadt gegen Schäfer-Offenbach Anzeige wegen unbefugter Führung des Dokortitels erstattet. Auf Befragen habe Schäfer angegeben, er habe im Jahre 1920 in Frankfurt die Doktorprüfung bestanden und den Titel erworben. Nachforschungen hätten jedoch ergeben, daß diese Angaben unwahr seien. Es bestehe der dringende Verdacht, daß Schäfer den Dokortitel zu Unrecht führe. —

Und das war bis vor kurzem ein führender Mann der „Erneuerer Deutschlands“.

Neues Landesverratsverfahren gegen Ossietzky

(Siehe 2. Seite Hauptblatt.)

Neuwahl in Oldenburg?

Oldenburg, 2. Dezember

Ueberraschend haben die Kommunisten einen Volksantrag auf Auflösung des oldenburgischen Landtages in die Wege geleitet. Die Auslegung der Listen in den Gemeinden dürfte vom 15. Dezember bis 11. Januar erfolgen.

Ergebnis der russischen Getreidewirtschaft

Moskau, 2. Dezember.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet: Der Jahresplan der Getreideaufbringung ist am 25. November in der gesamten Sowjetunion zu 73 Prozent erfüllt gewesen. Die Kollektivwirtschaften haben ihren Jahresplan zu 81 Prozent ausgeführt.

